

Antrag

des Abg. Ansgar Mayr u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Verkehr

Auswirkungen des Personalmangels auf die Zuverlässigkeit im ÖPNV

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. inwieweit der Landesregierung bekannt ist, dass sich die angespannte Personallage bei der Friedrich Müller Omnibusunternehmen GmbH (Tochter der Regional Bus Stuttgart GmbH bzw. der Deutschen Bahn AG) zuletzt deutlich verschlechtert hat und welche Auswirkungen das auf die betroffenen Verkehrsverbünde in Baden-Württemberg hat;
2. wie sie die kritische Personalsituation im ÖPNV im Land in den jeweiligen Verkehrsverbänden bewertet;
3. wann es nach ihrer Einschätzung eine Entspannung der Personalsituation bei den Verkehrsverbänden und den Tochterunternehmen geben wird;
4. welche Effekte aus Sicht der Landesregierung sich durch den Mangel an Fahrerinnen und Fahrern bei Bus und Bahn ganz allgemein für die Zuverlässigkeit und die Taktdichte jeweils in den Städten und in eher ländlich geprägten Regionen ergeben;
5. welche Folgen die Personalsituation für den Zeitplan der vom Land Baden-Württemberg angestrebten Mobilitätsgarantie hat;
6. welche Maßnahmen sie ergriffen hat bzw. ergreifen wird, um neues Personal zu rekrutieren und welche Potenziale es bei aus der Ukraine geflüchteten Menschen gibt, die nach § 24 Aufenthaltsgesetz einen unbeschränkten Arbeitsmarktzugang haben, um die Personalsituation im ÖPNV zu entspannen;
7. wie hoch die durchschnittlichen Kosten für den Erwerb des Busführerscheins in den einzelnen EU-Staaten sind;

8. ob sie die Auffassung teilt, dass mit einer Reduzierung der Kosten für einen Busführerschein in Deutschland mehr Fahrerinnen und Fahrer für eine Ausbildung gewonnen werden könnten – z. B. durch eine Reduzierung der Pflichtstunden auf das Niveau von Österreich.

25.10.2022

Mayr, Dörflinger, Bückner, Hartmann-Müller, Dr. Pfau-Weller, Schuler CDU

Begründung

Die Verkehrsverbünde stehen aktuell vor großen Herausforderungen bei der Einhaltung der Fahrpläne. Zahlreiche Fahrten müssen auf Grund von Personalmangel ausfallen. Grund hierfür ist neben Krankheit, Abwanderung in andere Berufe auch der fehlende Nachwuchs. Die Fahrtausfälle wirken sich massiv auf die Zuverlässigkeit und somit auch auf die Akzeptanz des ÖPNV aus. Es gibt Verkehrsverbünde, die der Auffassung sind, dass die Problematik des Personalmangels im ÖPNV noch Monate bzw. Jahre erhalten bleiben wird, zumal sich die Verrentungsphase der Generation der Baby-Boomer negativ auswirkt. Das Ziel, mehr Autofahrer für einen Umstieg auf den ÖPNV zu gewinnen, ist in großer Gefahr.

Bei der Erlangung des Busführerscheins gibt es große Unterschiede z. B. im Vergleich mit dem Nachbarland Österreich. In Österreich sind beispielsweise deutlich weniger Pflichtstunden erforderlich, was zu einer klaren Reduzierung der Kosten führt. Niedrigere Ausbildungskosten könnten dazu führen, dass der Beruf der BusfahrerIn/des Busfahrers auch für Teilzeitkräfte und Minijobber interessanter werden könnte.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 16. November 2022 Nr. VM3-0141.5-19/117/2 nimmt das Ministerium für Verkehr zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. inwieweit der Landesregierung bekannt ist, dass sich die angespannte Personallage bei der Friedrich Müller Omnibusunternehmen GmbH (Tochter der Regional Bus Stuttgart GmbH bzw. der Deutschen Bahn AG) zuletzt deutlich verschlechtert hat und welche Auswirkungen das auf die betroffenen Verkehrsverbünde in Baden-Württemberg hat;

Wie bereits in der Beantwortung der Kleinen Anfrage 17/3340 dargelegt, hat das Ministerium für Verkehr über die Pressemitteilung des Karlsruher Verkehrsverbundes (KVV) vom 29. September 2022 von der sehr angespannten Personalsituation bei der Friedrich Müller Omnibusunternehmen GmbH erfahren. Dies führte zu einer temporären Anpassung bzw. Reduzierung des Fahrplanangebots auf mehreren Buslinien im nördlichen Landkreis Karlsruhe. Mittlerweile hat sich die angespannte Personalsituation des Unternehmens wohl entspannt. Gemäß der Pressemitteilung des KVV vom 21. Oktober 2022 gilt seit dem 24. Oktober 2022 wieder das reguläre Fahrplanangebot.

2. wie sie die kritische Personalsituation im ÖPNV im Land in den jeweiligen Verkehrsverbänden bewertet;

3. wann es nach ihrer Einschätzung eine Entspannung der Personalsituation bei den Verkehrsverbänden und den Tochterunternehmen geben wird;

Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Landesregierung liegen keine konkreten Zahlen zur Personalsituation bzw. Personalausstattung der zahlreichen Busunternehmen in den Verkehrsverbänden Baden-Württembergs vor.

Gleichwohl dürften die Busunternehmen, wie auch zahlreiche andere Branchen, in den kommenden Jahren zunehmend vom allgemein wachsenden Fachkräftemangel betroffen sein. Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen (BDO) führte zuletzt an, dass deutschlandweit rund 5 000 Busfahrer/-innen fehlen. Über die Hälfte des bestehenden Fahrpersonals sei demnach älter als 50 Jahre (Stand 2018). Altersbedingt könnten daher immer mehr Fahrer/-innen wegfallen, ohne dass genügend Nachwuchskräfte nachrücken. Nach einer Anfang des Jahres durchgeführten Umfrage des BDO zum Fahrermangel im Busverkehr, könnten in den nächsten 10 bis 15 Jahren bis zu 36 000 Busfahrer/-innen bundesweit fehlen.

4. welche Effekte aus Sicht der Landesregierung sich durch den Mangel an Fahrerinnen und Fahrern bei Bus und Bahn ganz allgemein für die Zuverlässigkeit und die Taktichte jeweils in den Städten und in eher ländlich geprägten Regionen ergeben;

Der Busverkehr ist das Rückgrat der Flächenerschließung im ÖPNV, gerade in ländlichen Räumen. Der Bus bringt Menschen im Alltag schnell, sicher und bequem zur Schule, zum Arbeitsplatz, zur Ausbildung oder zu Kultur- und Freizeitveranstaltungen. Es ist daher entscheidend, dass die Verkehrsunternehmen das erforderliche Personal gewinnen und halten können. Dies erfordert auch attraktive Arbeitsbedingungen wie z. B. angemessene Löhne und Gehälter.

5. welche Folgen die Personalsituation für den Zeitplan der vom Land Baden-Württemberg angestrebten Mobilitätsgarantie hat;

Die Verfügbarkeit von Fahrpersonal ist ein wichtiger Faktor für die erfolgreiche Umsetzung der Mobilitätsgarantie. Noch entscheidender ist hierfür jedoch die Bereitstellung einer ausreichenden Finanzierung.

6. welche Maßnahmen sie ergriffen hat bzw. ergreifen wird, um neues Personal zu rekrutieren und welche Potenziale es bei aus der Ukraine geflüchteten Menschen gibt, die nach § 24 Aufenthaltsgesetz einen unbeschränkten Arbeitsmarktzugang haben, um die Personalsituation im ÖPNV zu entspannen;

Die Personalgewinnung ist eine originäre Aufgabe der privaten und öffentlichen Verkehrsunternehmen. Um dauerhaft einen funktionierenden Wettbewerb sowie eine vielfältige Unternehmenslandschaft sicherzustellen, haben der Landkreistag Baden-Württemberg, der Verband Baden-Württembergischer Omnibusunternehmen, der Städtetag Baden-Württemberg und das Verkehrsministerium im November 2020 das Bündnis für den Mittelstand ins Leben gerufen. Kern des Bündnisses sind klare Rahmenbedingungen für die Ausschreibung von Verkehrsleistungen. Es soll im Vorhinein klarer werden, welche Leistungen den kommunalen Trägern wichtig sind. Außerdem soll sich die Vergabeentscheidung in Zukunft neben dem Preis auch verstärkt an Qualitäts- und sozialen Kriterien orientieren. So kann sichergestellt werden, dass künftig Situationen vermieden werden, bei denen Unternehmen mit Dumpinglöhnen den Zuschlag erhalten und Unternehmen, welche großen Wert auf eine faire und angemessene Bezahlung legen, verdrängen.

Neben dem Ziel einer „mittelstandsfreundlicheren Gestaltung der Markt- und Ausschreibungsstrukturen“ möchte das Bündnis darauf hinwirken, dass ein hohes Qualitätsniveau sowie die Anwendung von Tariftreue und Sozialstandards im ÖPNV sichergestellt werden.

7. wie hoch die durchschnittlichen Kosten für den Erwerb des Busführerscheins in den einzelnen EU-Staaten sind;

Der Landesregierung liegen keine Daten über die durchschnittlichen Kosten für den Erwerb des Busführerscheins in den EU-Mitgliedsstaaten vor. Der Verband Baden-Württembergischer Omnibusunternehmen e. V. (WBO) hat die Gesamtkosten für den Erwerb des Busführerscheins und der Fahrerqualifizierung in Deutschland mit bis zu 10 500 Euro beziffert, während sich die Kosten im Nachbarland Österreich im Vergleich auf rund 3 500 Euro belaufen sollen. Ursächlich hierfür seien insbesondere die höhere Anzahl an im maßgeblichen Bundesrecht gesetzlich vorgeschrieben Theorie- und Pflichtlektionen in Deutschland.

8. ob sie die Auffassung teilt, dass mit einer Reduzierung der Kosten für einen Busführerschein in Deutschland mehr Fahrerinnen und Fahrer für eine Ausbildung gewonnen werden könnten – z. B. durch eine Reduzierung der Pflichtstunden auf das Niveau von Österreich.

Die Reduzierung der Kosten für einen Busführerschein kann durchaus ein probates Mittel sein, mehr Fahrer/-innen für eine Ausbildung zu gewinnen. Aus Sicht der Landesregierung sollte aber stets gewährleistet sein, dass auch bei einer möglichen Reduzierung der gesetzlichen Pflichtstunden die qualitativ hochwertigen Standards an die Ausbildung weiterhin sichergestellt werden. Die gesetzlichen Vorgaben zur Fahrschulausbildung liegen in der Zuständigkeit des Bundes.

In Vertretung

Frieß

Ministerialdirektor